



Jazz, Lyrik, Prosa: Ror Wolfs Werk besticht durch Kunstfertigkeit und Originalität. Erinnerungen an den Anfang der Woche verstorbenen Schriftsteller und Collagenkünstler. Von Kay Sokolowsky und Jürgen Roth

Eiertanz

Thüringen: Lieberknecht zieht Angebot zur Regierungsübernahme zurück. Streit um Neuwahlen

4

Backlash

Reaktionäre Regierungsagenda: Britanniens konservative Führung tritt immer unverblümt auf

6

Richtungskampf

»Gezi-Prozess«: Erst Freispruch, dann neuer Haftbefehl gegen türkischen Oppositionellen Kavala

7

Kriegsprogramm

Gegen jeden Fortschritt: Vor 100 Jahren wurde die NSDAP gegründet. Von Manfred Weißbecker

12

Kahlschlag bei Real

Verkauf der Handelskette ist besiegelt. Vernichtung von mehr als 10.000 Arbeitsplätzen droht.
Von Susanne Knütter



Anlässlich der Metro-Hauptversammlung demonstrierten die Beschäftigten für den Erhalt ihrer Jobs (Düsseldorf, 14.2.)

Die Zitterpartie hat ein Ende. Jedenfalls für die Aktionäre. Der Handelskonzern Metro AG verkauft die Supermarktkette Real an die Investmentgesellschaft Sistema Capital Partners (SCP). Eine entsprechende Vereinbarung wurde nach Unternehmensangaben am Dienstag unterschrieben.

Seit über einem Jahr wollte Metro die Handelskette verkaufen, die den Mutterkonzern Metro-Chef Olaf Koch zufolge in die roten Zahlen getrieben hatte. Nun wird SCP mit Sitz in Luxemburg alleiniger Eigentümer der 276 Real-Standorte, des Onlinegeschäfts sowie von 80 Immobilien und aller zu Real gehörenden Gesellschaften. Metro erwartet durch die Transaktion einen »Nettomittelzufluss« von 300 Millionen Euro.

Die rund 34.000 Beschäftigten sollen zwar übernommen werden, wie Metro und SCP am Dienstagabend erklärten. Allerdings soll der Großteil der Real-Märkte an andere Einzelhändler weiterverkauft werden. Nur etwa 50 Läden werden für 24 Monate unter der Marke Real weitergeführt. SCP geht davon aus, dass etwa 30 Standorte geschlossen werden, wie eine Sprecherin von Metro am Mittwoch gegenüber jW bestätigte.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) bezeichnete den Verkauf von Real an die SCP-Gruppe als »bit-

teren Tag für die Real-Beschäftigten«. Das Metro-Management lasse sich »für die Vernichtung von wahrscheinlich mehr als 10.000 Arbeitsplätzen feiern und das Bundeswirtschaftsministerium sieht tatenlos zu«, erklärte Verdi-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzberger am Mittwoch. Der Metro-Konzern »streicht 300 Millionen ein«, während den Erwerbslosen »wieder einmal auf Kosten der Gesamtgesellschaft geholfen werden muss«. Die Situation bei Real hätten nicht die Beschäftigten, sondern das Management herbeigeführt, kritisierte die Gewerkschafterin. Jetzt komme es auf die neuen Eigentümer an. Diese müssten »Verantwortung für die 34.000 Beschäftigten und ihre Familien übernehmen« und mit der Gewerkschaft »tragfähige Lösungen für eine sichere Zukunft« finden.

Von »sozialer Verantwortung« konnte bei Metro und Real schon etwas länger nicht mehr die Rede sein. Im Juni 2018 hatte Real den Flächentarifvertrag mit Verdi verlassen und statt dessen eine Vereinbarung mit der gelben, unternehmernahen, Gewerkschaft DHV (Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband) abgeschlossen. Neu eingestellte Beschäftigte verdienen danach mehr als 20 Prozent weniger.

Skepsis ist auch gegenüber der neuen Eigentümergruppe angebracht. SCP gehört zum Sistema-Konglomerat, das dem Kauf noch zustimmen muss. Gegründet wurde es 1993 von Wladimir Jewtuschenkow, einem nach dem Ende des Sozialismus reich gewordenen Oligarchen, der vor dem Zerfall der Sowjetunion in der Moskauer Stadt-

regierung das Ressort Wirtschaft und Technik leitete. In dieser Funktion oblag ihm die »Umwandlung der Moskauer Staatsbetriebe in marktwirtschaftlich arbeitende Dienstleistungsfirmen«, wie das *Managermagazin* am vergangenen Freitag berichtete.

Geschadet hat ihm das auch persönlich nicht. Durch die Übernahme von Telefonbetreibern baute er zunächst den größten Telekommunikationskonzern Russlands auf. Später kamen Handelsunternehmen, Klinikkonzerne, eine Immobilienholding, Hotels, Energieunternehmen usw. hinzu. Seine Geschäftsaktivitäten beschränkt er längst nicht mehr nur auf Russland. Frühere geplante Versuche, bei Telekom oder Infineon einzusteigen, zeigen, was Jewtuschenkow bei Real sucht: Ein gutes Geschäft. Mehr nicht.

Libyen: Waffenruhe und Gespräche ausgesetzt



Tripolis. Nach dem Angriff auf den Hafen in Tripolis forderte die Leitung des UN-Einsatzes UNSMIL am Mittwoch, die »provokierenden Gesten« zu beenden. Die UN-gestützte Regierung von Fajes Al-Saradsch (Foto), die in Tripolis ihren Sitz hat, setzte Verhandlungen über einen Waffenstillstand nach dem Angriff aus, bis eine »strenge Haltung gegen den Angreifer und dessen Verstöße« gegen die Waffenruhe eingenommen werde. Zu der Attacke bekannte sich die »Libysche Nationalarmee« (LNA) von General Khalifa Haftar. Die Truppen hätten ein Waffenlager im Hafen angegriffen, teilte die LNA mit. Haftar traf sich am Mittwoch in Moskau zu Gesprächen mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu. Betont worden sei, dass die Beschlüsse der Berliner Libyen-Konferenz vom Januar, zu denen auch eine Waffenruhe gehört, umgesetzt werden müssten, teilte das Ministerium mit. (dpa/jW)

Bundeswehr: Weiteres Jahr in Afghanistan

Berlin. Das Bundeskabinett hat für die Fortsetzung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan für ein weiteres Jahr gestimmt. Ungeachtet der laufenden Gespräche zwischen den USA und den Taliban über Wege zu einer »Friedenslösung« sollen weiterhin bis zu 1.300 Soldaten entsandt werden können, wie die Ministerrunde am Mittwoch in Berlin beschloss. Der Bundestag muss der Mandatsverlängerung bis zum 31. März 2021 erst noch zustimmen. »Die Bemühungen des letzten Jahres eröffnen eine – wenn auch fragile – Perspektive auf einen Einstieg in innerafghanische Friedensverhandlungen«, heißt es in dem Kabinettspapier. Und: »Ungeachtet erheblicher Anstrengungen sind die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte noch nicht selbsttragend in der Lage, flächendeckend für Sicherheit zu sorgen.« (dpa/jW)

MAS beklagt Repression

Bolivien: Linkspartei warnt vor Ausschluss hochrangiger Kandidaten durch Wahlbehörde

Die Linkspartei »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) hat erneut vor einer Beeinflussung der allgemeinen Wahlen in Bolivien gewarnt. Am Mittwoch forderte sie den Obersten Wahlgerichtshof (TSE) dazu auf, unvoreingenommen und neutral zu handeln. Gualberto Arispe, Kommunikationssekretär der MAS, erklärte gegenüber der kubanischen Nachrichtenagentur *Prensa Latina*, im TSE herrsche »Angst« und es gebe Versuche rechter Kräfte, »die Instanz zu manipulieren«. Ziel sei es, »Chaos« auszulösen, um so eine weitere Milita-

risierung des Landes zu rechtfertigen. Am Montag hatte der TSE die Listen für die Parlaments- und Präsidentschaftswahl bekanntgegeben. Neben den akzeptierten und den abgelehnten werden auf der Website der Institution auch diejenigen Kandidaturen genannt, die Gegenstand weiterer Untersuchungen sind. Von den insgesamt 13 Prüffällen betreffen elf Kandidaten der MAS, unter ihnen der Präsidentschaftskandidat Luis Arce Catacora, gegen den drei Ausschlussanträge vorliegen. Gegen den im November weggeputschten Präsidenten Evo Morales, der für das

Departamento Cochabamba in den Senat gewählt werden möchte, liegen acht Anträge vor.

Am Dienstag erklärte die Partei zusammen mit Basisorganisationen in einem öffentlichen Statement auf Twitter, es existierten »weder technische noch juristische Gründe« dafür, die Kandidaten nicht antreten zu lassen. Vielmehr handle es sich bei dem Manöver um einen »politischen Versuch verkrusteter Teile innerhalb der Wahlbehörde«. »Angesichts dieser Situation befinden wir uns in permanenter Alarmbereitschaft.«

Am 3. Mai werden in Bolivien sowohl das Parlament als auch ein neuer Präsident gewählt. Seit dem erzwungenen Rücktritt von Morales am 10. November 2019 wird Bolivien von einer Putschregierung unter der selbsternannten »Übergangspräsidentin« Jeanine Áñez regiert, die brutal gegen MAS-Politiker und andere Linke vorgehen lässt. Trotzdem steht MAS-Präsidentschaftskandidat Arce laut einer Umfrage in der Wählergunst vorn. 31,6 Prozent der Befragten gaben an, ihn wählen zu wollen.

Frederic Schnatterer

jW wird herausgegeben von 2.223 Genossinnen und Genossen (Stand 24.1.2020)
 www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901805